

Wahlprüfstein DIE LINKE

Gesicht Zeigen!
Koppenstr. 93
10243 Berlin

DIE LINKE zu Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratie

Antisemitismus

1. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat unter Bezug auf die FES-Mitte-Studie 2016 herausgearbeitet, dass zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischem Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus geben. Nach den Analysen der Autor*innen sind antisemitische Bilder in allen Altersstufen in allen gesellschaftlichen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft sowie gesellschaftlicher Minderheiten abrufbar. Demnach äußert sich Antisemitismus oft verdeckt und in vielschichtigen Erscheinungsformen. Gleichzeitig wird Antisemitismus politisch und gesellschaftlich als insgesamt wenig bedeutsam erachtet und die (immer noch) weit verbreiteten Stereotype häufig bestritten. Der Bericht stellt heraus, dass die Relevanz von Diskriminierungen und das Schutzbedürfnis jüdischer Gemeinden ausschließlich historisch begründet und gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Wirkung oft nicht erkannt oder ernst genommen werden.

Wie möchte Ihre Partei die Forderungen und Empfehlungen des aktuellen Antisemitismusberichts umsetzen?

Insbesondere in Bezug auf

- a.) das Monitoring antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffe oder Vorfällen in der Gesellschaft,**
- b.) Jüdinnen und Juden in institutionalisierte Diskurse in Expertengremien, Förderprogrammen, politische Bildung einzubeziehen und den Diskurs „über“ aufzubrechen,**
- c.) die Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Partei,**
- d.) bessere Rahmenbedingungen für die Prävention in der historisch-politischen Bildungsarbeit,**
- e.) Voraussetzungen für eine langfristig ausgerichtete und verlässliche Förderung von Bildungsprojekten zum Thema Antisemitismus und**
- f.) die Einsetzung einer*s Antisemitismus-Beauftragten.**

a.)

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag fragt seit Jahren regelmäßig die aktuellen Zahlen zu antisemitisch motivierten Angriffen, zu Friedhofsschändungen und zu Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden ab. Die Antworten sind eine Hilfe für diejenigen, die systematisch zu diesem Thema arbeiten und forschen. DIE LINKE fordert seit langem eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, von der solche Ergebnisse systematisiert und in Anregungen und Empfehlungen für Politik und Gesellschaft umgesetzt werden könnten. In unseren Sondervoten zu den NSU-Untersuchungsausschüssen haben wir den daraus abgeleiteten Vorschlag für eine Koordinierungsstelle bzw. Bundesstiftung zur Beobachtung, Erforschung und Aufklärung über alle Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit genauer ausgeführt. Antisemitismus ist eine zentrale Ausprägung dieser Menschenfeindlichkeit.

b.)

Auch wenn DIE LINKE einen übergreifenden Ansatz (alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit) des Monitorings bevorzugt, so muss die Spezifik der jeweiligen Verfolgung und Diskriminierung in den Blick genommen und gesondert analysiert werden. Der Einbezug und die Sichtweise von Jüdinnen und Juden für die Analyse sollten selbstverständlich sein und müssen sich in der Besetzung solcher Gremien spiegeln.

c.)

Auch wenn die meisten Angriffe gegen Jüdinnen und Juden aller Erhebungen zufolge nach wie vor von der extremen Rechten ausgehen, so ist Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem, findet sich in allen Teilen der Gesellschaft – auch auf der politischen Linken. Insofern ist die, auch innerparteiliche, Debatte immer wieder darüber zu führen, wo Kritik z.B. an der israelischen Politik umschlägt in Vorurteil, Stereotyp und Antisemitismus.

d.)

Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist die historisch-politische Bildungsarbeit von besonderer Bedeutung. Angesichts der sich ändernden Voraussetzungen (Verschwinden der Zeitzeugen, Herausforderung der Zuwanderungsgesellschaft) steht diese Bildungsarbeit vor großen Herausforderungen, die entsprechende politische Unterstützung und finanzielle Mittel voraussetzen. Die Fraktion DIE LINKE hat gerade im Mai 2017 eine Anfrage zur Förderung der pädagogischen Arbeit in den NS-Gedenkstätten gestellt und ist darüber auch im Austausch mit Mitarbeiter_innen der Gedenkstätten.

e.)

Wie weiter unten (Frage 3 und 7) ausgeführt tritt DIE LINKE für eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Demokratieprojekte ein. Alle politischen Parteien des gegenwärtigen Bundestages dürften sich einig sein, dass die Bekämpfung des Antisemitismus eine Daueraufgabe ist. Insofern widerspricht dieser Erkenntnis eine Förderung, die kurzfristig und auf die Modellhaftigkeit der Projekte fixiert ist. DIE LINKE wird sich für eine gesetzliche Grundlage für eine dauerhafte Förderung einsetzen.

f.)

Wie oben erwähnt, tritt DIE LINKE für eine Beobachtung aller Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein. Eine solche Stelle des Bundes würde auch den Antisemitismus zentral in den Blick nehmen und die Politik regelmäßig mit Analysen und Handlungsempfehlungen versorgen.

Demokratieförderung

2. Demokratie bedeutet bei nahezu allen politischen Parteien zuerst Wahlen und damit die Legitimierung parlamentarischen Handelns. Neben dieser Herrschaftsform kann Demokratie auch als eine Gesellschafts- und eine Lebensform verstanden werden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Straßen, Marktplätze und Parks sind damit Teil der Demokratie, sie sind für alle da und alle tragen dafür Verantwortung. Eine gesicherte und gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an diesen Systemen und Orten sollte deshalb ebenso Teil von Demokratie sein wie die Mitbestimmung darüber, wie wir zusammenleben wollen.

Abgesehen von Wahlen, wie möchte Ihre Partei ein demokratisches Miteinander auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Austausch von Zivilgesellschaft und Politik fördern?

Welche Formen politischer Partizipation möchten Sie stärken?

Wir wollen eine dreistufige Volksgesetzgebung ins Grundgesetz einführen, die auch Abstimmungen zu einzelnen Sachthemen ermöglicht. Wir wollen die Mitbestimmung in allen wesentlichen Bereichen des Lebens stärken, in der Zuständigkeit des Bundes liegt hier vor allem die betriebliche Mitbestimmung. Betriebsräte und Arbeitnehmervertretungen sollen auch Einfluss auf die Arbeitsorganisation erhalten. Wir sind für die Stärkung der Mitbestimmung in Schule und Universität. Den Einfluss finanzstarker Lobbyisten wollen wir zurückdrängen, unter anderem mit einer restriktiven Ausgestaltung des Parteispendenrechts. Initiativen im Kampf gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir dauerhaft fördern, im Bereich des Diskriminierungsschutzes wollen wir zivilgesellschaftliche Beratungsstellen stärken. Ein offenes Ohr für die Anliegen der Zivilgesellschaft zu haben und mit sozialen Bewegungen gemeinsam Politik zu machen ist unser Anspruch als Partei und auch an unsere künftige Fraktion im Bundestag.

3. Unsere Demokratie wird von Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Islamismus und diskriminierender Hetze bedroht. Viele dieser Einstellungen nehmen im Alter zu. Organisationen wie Gesicht Zeigen! richten sich in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen diese Tendenzen. Präventive Bundesprogramme für Demokratie und gegen Extremismus basieren aber auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans, weil es keine eigene gesetzliche Grundlage gibt. Damit können wir ältere Gesellschaftsschichten nicht erreichen. Die bisherige Förderung der Bundesprogramme sieht zudem im Wesentlichen die Förderung von Modellprojekten vor: Wir haben aber hervorragende und erprobte Konzepte für die präventiv-pädagogische Praxis, die wir ausbauen und verstetigen müssen. Dafür brauchen wir eine stabile Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.

a.) Welche Formen der Demokratieförderung in Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung möchte Ihre Partei durchführen?

b.) Wie positionieren Sie sich zu einem Demokratiefördergesetz wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland, die Türkische Gemeinde Deutschland und Deutsch Plus bereits im Jahr 2016 gefordert haben?

a.)

Demokratie ist vor allem durch praktisches Handeln und konkrete Erfahrungen zu fördern. Deshalb braucht es aus Sicht der LINKEN vor allem konkrete Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsprozessen und dem oft schwierigen Weg dahin. Für die Kinder- und Jugendbildung heißt das, an den Erfahrungswelten von Kindern und Jugendlichen anzuknüpfen, unterschiedliche Interessen zu thematisieren und (unterschiedliche) demokratische Verfahren zum Ausgleich dieser Interessen bzw. zur Entscheidungsfindung aufzuzeigen. Allerdings kann dieses „Erlernen“ von Demokratie nur funktionieren, wenn die Einrichtungen der Kinder- und Jugendbildung selbst demokratisch gestaltet sind und den Kindern und Jugendlichen weitgehende demokratische Partizipation ermöglichen. Sonst wird Demokratie als theoretisches Prinzip ohne reale Anwendung erfahren.

Ähnlich verhält es sich für die Frage der Erwachsenenbildung. Im Unterschied zu Kindern und Jugendlichen sind Erwachsene durch Bildungsarbeit schwerer zu erreichen und sind in ihren Erfahrungen und Einstellungen häufig festgelegter. In Zeiten größer werdender Entfremdung zwischen Bürger_innen und zahlreichen Institutionen der parlamentarischen Demokratie (Parteien, Parlament etc.) ist Demokratieförderung auch bei Erwachsenen jedoch zentral. Bildungsformate können hier Möglichkeiten bieten, Kritik an der bestehenden Ausprägung der Demokratie zu verbalisieren aber auch Probleme demokratischer Aushandlungsprozesse zu verdeutlichen. Aber auch hier kommt es auf die konkrete Praxis an. DIE LINKE setzt sich seit Jahren für

eine konkrete Ausweitung demokratischer Beteiligung ein: durch Volksbegehren und Volksgesetzgebung. Aber Demokratie muss auch im zentralen Lebensbereich der Arbeitswelt ausgeweitet werden, durch Mitbestimmung und Mitarbeiter_innenbeteiligung.

b.)

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz voll und ganz. Seit Bestehen der LINKEN haben wir uns in zahlreichen Anträgen im Bundestag für eine ausreichende finanzielle Absicherung und eine dauerhafte Förderung der Projektlandschaft zur Demokratieförderung und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus eingesetzt. Auch von uns wird die Ausweitung der finanziellen Förderung begrüßt, wie wohl angesichts der gestiegenen Anforderungen (Aufstieg des Rechtspopulismus etc.) die Strukturprojekte in den Bundesländern nach wie vor personell zu knapp besetzt sind. Die Verfestigung der Förderung unter Bezug auf die vorhandenen und von zivilgesellschaftlicher Seite vorgetragenen Überlegungen zu einem Gesetz zur Demokratieförderung ist als Forderung und Folgerung auch im aktuellen Sondervotum der Fraktion DIE LINKE zum NSU-Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode enthalten. DIE LINKE wird diese Forderung auch im 19. Deutschen Bundestag aktiv unterstützen.

Bildung und Bildungsbenachteiligung

4. In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft so stark wie kaum eine andere Kategorie über die Bildungschancen. Von 100 Arbeiterkindern studieren 12, von 100 Akademikerkindern 74. Diese Benachteiligung liegt auch an der frühen Trennung der Schulkinder in verschiedene Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und wirkt sich zusammen mit anderen Faktoren wie einer bildungsfernen Herkunft oder rassistischer Diskriminierung extrem nachteilig aus, zum Beispiel für Kinder von eingewanderten Menschen. Faktoren wie die Arbeitslosigkeit von einem oder mehreren Elternteile, einkommensschwache Haushalte oder der Wohnort können sich zudem nachteilig auf den Bildungsweg auswirken.

• **Wie möchte Ihre Partei konkret sicherstellen, dass schulische und außerschulische Bildung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes und ihrer individuellen Lernvoraussetzungen zugänglich sind?**

• **Wird Ihre Partei die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein gemeinsames Lernen von Menschen mit Behinderungen und Menschen**

ohne Behinderungen durchsetzen? Welche Maßnahmen sollen ein gemeinsames Lernen ermöglichen?

• **Wie möchte Ihre Partei ganz konkret die Arbeitsbedingungen von Lehrer*innen und jedem pädagogischen Personal an Schulen verbessern?**

• **Was möchte Ihre Partei für eine bessere Qualifizierung in Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich tun – besonders im Hinblick auf didaktisches Wissen und methodische Kompetenzen in einer zeitgemäßen Demokratieförderung?**

Mit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung steht auch Deutschland vor der Aufgabe, das Bildungssystem inklusiv umzugestalten. Dabei gibt es auch im Schulbereich erheblichen Nachholbedarf. Inklusiv Bildung erfordert nicht nur gut vorbereitete Lehrkräfte und andere pädagogische und therapeutische Fachkräfte, sondern teilweise auch andere Lehr- und Lernmittel, eine andere technische und räumliche Ausstattung der Schulen und des Schulumfeldes und natürlich auch Schulgebäude mit Arbeits- und Lernbedingungen, mit denen man die neuen Herausforderungen gut meistern kann. Im Bereich Bildung erfordert es eine grundlegend neue Lehr- und Lernkultur, die alle Lernenden in ihrer Individualität respektiert und wertschätzt, die die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen erkennt und fördert und zum bestmöglichen Lernerfolg führt. Dazu bedarf es zusätzlicher Ressourcen, wie ausreichenden und barrierefreien Raum, die Ausstattung mit Lehr-, Lern- und Hilfsmitteln, mehr gut ausgebildetes Personal und pädagogische wie therapeutische Unterstützungssysteme. Die individuelle Förderung muss den Lernenden folgen, nicht umgekehrt. Das aufwändige Antragsystem muss entbürokratisiert und rechtlich zusammengeführt werden. Für Schule, Hort und außerschulische Bildungsangebote dürfen keine unterschiedlichen Standards und Rechtsansprüche gelten. Was für einen Lernort gewährt wurde, muss auch für die anderen in gleicher Weise zur Verfügung stehen. Bildung ist zwar Ländersache, aber die Umsetzung inklusiver Bildung ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Auch im Bereich der Umsetzung von inklusiver Bildung muss die Kooperation zwischen Bund und Ländern darum ausgebaut und das Kooperationsverbot in der Bildung komplett aufgehoben werden. Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Bereichen inklusiv ausgerichtet ist. Die Verantwortlichkeit für die Kinder, Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit Behinderung ist bei der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII mit Rechtsanspruch anzusiedeln. Dort ist auch auf den im SGB IX festzuschreibenden Anspruch auf bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen wie beispielsweise für persönliche Assistenz und Hilfsmittel zu verweisen.

Hate Speech und Diskriminierungen im Netz

5. Hassrede soll Menschen verunglimpfen und herabsetzen. Sie fördert Diskriminierungen und Hetze gegen bestimmte Menschengruppen und ruft zu Gewalt gegen sie auf. Gesicht Zeigen! sieht den Umgang mit dieser Hasskriminalität als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Mit der Übertragung der Verantwortung für das Erkennen und Löschen von strafrechtlich

relevanten Inhalten auf die Plattformbetreiber allein ist dem Problem nicht beizukommen. Damit erreichen wir nicht die Täter und bekämpfen vor allem nicht die Ursachen von Hasskriminalität. Aufklärung, Prävention, Dialog und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Werte unserer Demokratie sind dringend nötig.

- **Wie möchte Ihre Partei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgehen bzw. welche Gesetzesänderungen sehen Sie vor?**
- **Wie plant Ihre Partei sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz als auch die Betroffenen von Hasskriminalität zu schützen?**
- **Was plant Ihre Partei, um Hassrede, Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit im Netz entgegenzuwirken und eine respektvolle Netzkultur zu fördern?**

Das kürzlich beschlossene, von uns abgelehnte Netzwerkdurchsetzungsgesetz aus dem Hause von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hat einen völligen falschen Ansatz. Mit ihm wird die Bewertung, ob etwas rechtswidrig ist, und die Durchsetzung geltenden Rechts an Facebook & Co. delegiert, somit die Rechtsdurchsetzung in der digitalen Sphäre privatisiert. Da den Betreibern von sozialen Netzwerken zugleich hohe Geldstrafen drohen, geht von dem Gesetz eine Gefährdung der Meinungsfreiheit durch übermäßiges Löschen aus Angst vor Bußgeldern aus.

Hatespeech oder Mobbing sowie Beleidigung, Verleumdung und Volksverhetzung sollen stattdessen durch die Unternehmen zur Anzeige gebracht und nach gerichtlicher Entscheidung gelöscht werden. Meldet demnach ein Nutzer oder eine Nutzerin beispielsweise einen Post auf Facebook als Hasspropaganda, müsste das Unternehmen diesen Hinweis, sofern dieser nicht völlig unbegründet ist, an Polizei oder Staatsanwaltschaft weitergeben. Dazu hätte das Unternehmen sein bislang unzureichendes Melde- und Beschwerde-Managementsystem erheblich zu verbessern und sind die zuständigen Strafverfolgungsbehörden technisch und personell besser auszustatten.

DIE LINKE will zudem Medienbildung an Schulen als festen Bestandteil des Unterrichts etablieren. Im Digitalzeitalter sollten bereits Kindern und Jugendlichen die analytischen Fähigkeiten vermittelt werden, um Medien und Medieninhalte zu verstehen, kritisch zu bewerten sowie selbst in vielfältigen Kontexten zu kommunizieren. Der Umgang mit fragwürdigen Medieninhalten ebenso wie die Grundlagen für eine respektvolle Netzkultur können erlernt werden.

Migration

6. In den letzten Jahren sind so viele Menschen wie nie zuvor nach Deutschland eingewandert, darunter ebenso EU-Bürger*innen oder Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Für sie gilt ein nahezu undurchsichtiger Paragraphendschubel aus Integrations- und Zuwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung, die überwiegend eine abschreckende Wirkung für Migrant*innen entfalten und zum Teil menschenunwürdige Zustände beispielweise in Flüchtlingsheimen hervorbringen. Inzwischen haben 21 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Einwanderungsland leben wir von der Vielfalt an Erfahrungen, Lebensweisen, Kompetenzen und Identitäten, die diese Menschen mitbringen und haben. Die Selbstverständlichkeit von Zuwanderung sollte sich auch in ihrer gesetzlichen Regelung widerspiegeln und insbesondere im Falle Geflüchteter im Einklang mit humanitären Prinzipien stehen.

a.) Welche Schritte plant Ihre Partei, um ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen?

b.) Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, eine positive Kultur der Zuwanderung und die Anerkennung von Diversität in Deutschland zu befördern?

c.) Was plant Ihre Partei, um dafür Sorge zu tragen, dass diese Diversität, v. a. in Bezug auf verschiedene kulturelle Herkunft, auch bei Lehrkräften in Bildungseinrichtungen abgebildet wird?

d.) Wie positionieren Sie sich zu Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, in denen das Leben von Menschen bedroht ist?

e.) Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Unterkünften untergebracht werden?

a.)

In der aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz will DIE LINKE die Aufenthaltsrechte Eingewanderter stärken, etwa zur Wahrung des Familienzusammenlebens. Einwanderung ist keine Bedrohung oder ökonomische Belastung, sondern eine Bereicherung und Realität, die es positiv zu gestalten gilt. In der aktuellen Debatte um ein neues Einwanderungsgesetz geht es unserer Meinung nach nicht um die individuellen Rechte von Migrantinnen und Migranten. Es geht vor allem um ein Punktesystem, mit dem Hochqualifizierte oder Menschen mit besonders gefragten Berufskennntnissen weltweit angeworben werden sollen. DIE LINKE ist gegen eine solche selektive Migrationspolitik, die Rechte danach vergibt, ob Menschen nach kapitalistischen Verwertungskriterien als „nützlich“ oder „unnützig“ angesehen werden. Maßstab für uns sind die individuellen Menschenrechte und wir sind gegen eine Ausgrenzungen entlang nationaler Grenzen. Die Grenzen müssen offen sein für alle Menschen, nicht nur für besonders Wohlhabende oder Gebildete.

Etwa 60 Prozent aller Einwanderinnen und Einwanderer kommen aus anderen Ländern der EU nach Deutschland. Sie haben hierauf ein Recht (Freizügigkeit). Erforderlich ist eine gute und sozial gerechte Ausgestaltung dieser Einwanderung, nicht eine Begrenzung nach Nützlichkeitskriterien. Einheimische und (neu) Eingewanderte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Migration nach Deutschland ist auch eine Folge extremer ökonomischer Ungleichheit. Die Verbesserung und Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU, aber auch weltweit, ist deshalb ein zentrales politisches Ziel der LINKEN.

b.)

Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Sie wird als solche aber noch beispielsweise zu wenig in politischen Gremien repräsentiert. Eine

demokratische und inklusive Gesellschaft braucht aber eine kompetente Vertretung der vielfältigen Gesamtbevölkerung. Genügend junge Menschen, die sich politisch engagieren, wenn auch nicht immer in Parteien, gibt es ja. DIE LINKE meint: Wer hier lebt, soll hier wählen! Wir wollen ein Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. DIE LINKE will eine aktive Antidiskriminierungspolitik und bundesweit die Erhöhung des Anteils an Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und somit die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und landeseigenen Betrieben, die Anerkennung interkultureller Kompetenz als wichtige Qualifikation. Wir wollen Teilhabprogramme, die bessere Ausbildungschancen für Jugendliche aus Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte ermöglichen. Auch in Jobcentern, Kindertageseinrichtungen und Gesundheitsämtern muss der Prozess der interkulturellen Öffnung der Verwaltung angeschoben werden. Landesinitiativen wie beispielsweise in NRW „mehr Migrantinnen und Migranten in den öffentlichen Dienst – interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung“ müssen in den nächsten Jahren ausgebaut und auf weitere Verwaltungsbereiche ausgedehnt werden.

c.)

Mehr Lehrkräfte für den staatlichen Schuldienst zu gewinnen ist ein wichtiges Anliegen der Arbeitsmarktintegration. Hier ist der größte Unterschied an fehlender Diversität deutscher und ausländischer Personen in der öffentlichen Verwaltung festzustellen. Der öffentliche Dienst hat eine Vorbildfunktion bei der Ausbildungsplatzvergabe und beim Arbeitsmarktzugang. Diese muss aktiv wahrgenommen und kommuniziert werden. Neben der öffentlichen Verwaltung gibt es eine Reihe anderer Berufssparten, in denen Menschen mit Migrationshintergrund deutlich unterrepräsentiert sind, z. B. in sämtlichen Lehrberufen, aber auch in den Medien.

d.)

Die LINKE im Bundestag forderte in ihrem Antrag vom 16. Dezember 2016 (Drs. 18/6869) einen sofortigen Abschiebestopp für Geflüchtete aus Afghanistan. Dieser scheiterte jedoch an der Großen Koalition. Der Bundestag folgte mit seinem Votum einer Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs.18/7974).

Für DIE LINKE sind Abschiebungen in Kriegsländer ein Skandal. Dass die Anerkennungsquote bei afghanischen Flüchtlingen in diesem Jahr nur noch bei knapp 50 Prozent liegt, während es 2015 noch 77,6 Prozent gewesen sind, werten wir als ein Beleg dafür, dass das Bundesamt für Migration mit politischen Vorgaben belegt ist. Wir fordern von der Bundesregierung Abschiebungen nicht nur auszusetzen, sondern einen bundesweiten Abschiebestopp zu erlassen. Dazu gehören auch die Rückführungen afghanischer Geflüchteter nach Dublin-Verfahren in europäische Nachbarländer, die weiterhin nach Afghanistan abschieben, wie zum Beispiel Norwegen. Laut Antwort der Bundesregierung vom 29. Juni 2017 auf unsere Nachfrage, gab es allein im Juni 38 Abschiebungen afghanischer Geflüchteter. Davon 24 nach Norwegen, sowie weitere nach Österreich, Kroatien, Italien, Niederlande, Belgien und Schweden.

e.)

DIE LINKE will geflüchtete Menschen zügig in Wohnungen unterbringen. Unterkünfte dafür müssen sich an den Bedürfnissen der Geflüchteten orientieren und sollten gemeinnützig oder aus öffentlicher Hand betrieben werden. Bundesweit nehmen Meldungen über besorgniserregende Zustände in von „European Homecare“, einem privaten Betreiber von Einrichtungen für Geflüchtete zu. Ein Betreiberwechsel ist dringend nötig, um sicherzustellen, dass Geflüchtete professionell betreut werden und unter menschlichen Bedingungen leben können und mangelnde medizinische und sozialpädagogische Versorgung und untragbare Hygienezustände vermieden werden. Wir wollen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen und fordern vom Bund, Mittel für ein umfassendes Sozialwohnungsbauprogramm bereitzustellen.

Rechtsextremismus und rechte Gewalt

7. Rechtsextremisten lehnen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen ab, sie verbinden inhumane, ausgrenzende und diskriminierende Elemente wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Autoritarismus und richten sich damit gegen unsere demokratische Gesellschaft. Rechtsextremismus weitet sich weiterhin in Deutschland aus, auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. So gab es im Jahr 2016 allein 3774 Angriffe auf Asylsuchende und durchschnittlich alle drei Tage einen Brandanschlag. Pegida, Reichsbürger, Identitäre, Afd und NPD bezeugen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Offene Fragen aus sämtlichen NSU-Untersuchungsausschüssen belegen zudem strukturelle Schwierigkeiten im Erkennen und im Umgang mit rechter Gewalt.

a.) Wie möchte Ihre Partei die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode umsetzen? Wie planen Sie mit den noch bestehenden offenen Fragen zur Mordserie des NSU und der Verantwortung der Behörden umzugehen?

b.) Wie will Ihre Partei zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, finanziell absichern und politisch unterstützen, um ihre dringend notwendige Arbeit langfristig zu gewährleisten?

c.) Wie möchte Ihre Partei erreichen, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren?

a.)

DIE LINKE wird sich im nächsten Bundestag um die Umsetzung der Empfehlungen beider NSU-Untersuchungsausschüsse des Bundestages kümmern, denn nach unserer Überzeugung sind die 47 Empfehlungen des 1. NSU-Untersuchungsausschusses inhaltlich bis heute nicht zufriedenstellend umgesetzt. Die Linksfraktion hat dazu in der 18. Wahlperiode eine Große Anfrage

gestellt und die Antworten belegen, dass vor allem die Umsetzung der Empfehlungen bei Justiz und Verfassungsschutz sehr oberflächlich ist. DIE LINKE wird deshalb eine Evaluation der aufgrund der Empfehlungen vorgenommen Änderungen fordern. Zentral sind für uns hierbei die Punkte des strukturellen Rassismus, der die polizeilichen Ermittlungen im NSU-Fall zum Teil geprägt hat und das V-Leute-System des Verfassungsschutzes, das objektiv zum Ausbau der Naziszene beigetragen hat. Für die auch im aktuellen Abschlussbericht vorhandene – nicht zuletzt von der LINKEN angeregte – Forderung nach einer „Verstetigung der bislang zeitlich befristeten Förderung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ werden wir uns im nächsten Bundestag einsetzen.

b.)

Wie bereits oben erwähnt setzt sich DIE LINKE für eine dauerhafte und ausreichende finanzielle Förderung der Initiativen und Organisationen in diesem Themenfeld ein. Über Abgeordnete und Mitarbeiter_innen sind wir in einem regelmäßigen Austausch mit den Initiativen und beziehen deren Expertise in unsere Arbeit ein. Umgekehrt unterstützt DIE LINKE die Arbeit der Initiativen, z.B. durch die regelmäßige Dokumentation der aktuellen Entwicklung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus durch Kleine Anfragen.

c.)

Präventionsarbeit ist aus Sicht der LINKEN ein zentraler Punkt, um solche Radikalisierungen zu demokratiefeindlichen und extrem rechten Einstellungen zu verhindern. Aus Sicht der LINKEN sind hier zwei Punkte zentral: Die Stärkung einer demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kultur vor Ort, die Jugendlichen Anlaufpunkte für Engagement und Freizeit bietet und ein deutliches Gegengewicht zu den Angeboten der extremen Rechten setzt. Dies kann über die vorhandene Projektlandschaft unterstützt werden, muss aber auch durch die – finanziell auszubauenden – Regelstrukturen der Jugendarbeit geleistet werden. Zweitens gilt es, an den Ursachen von menschenfeindlichen Einstellungen anzusetzen. Unterstützung von Elternberatung, Erfahrungen mit kultureller Vielfalt sind hier Punkte. Aber auch die soziale Dimension von rechten Radikalisierungen darf nicht unter den Tisch fallen. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Minijobs, Perspektivlosigkeit und die verbreitete Angst, in diesen Sog geraten zu können, sind wichtige Gründe für solche Radikalisierungen nach rechts. Eine Politik, die diese Dimension nicht in den Blick nimmt wird zentrale Ursachen für die gegenwärtige Rechtsentwicklung verfehlen.